

## **„BULGARIEN UND DIE EU - VOM AUFBRUCH 1989 BIS ZUR MITGLIEDSCHAFT 2007“**

### **Eine Veranstaltungsreihe des Osteuropa- Zentrum Berlin**

Unter diesem Titel wurde seit 18. März 2004 eine Diskussionsreihe des durch seine vielseitigen Aktivitäten bekannt gewordenen Osteuropa-Zentrums Berlin (OEZB) eröffnet. Im Berliner Rathaus am Alexanderplatz fanden bis zum 22. April 2004 zweimal pro Woche Abendveranstaltungen statt. Referenten und Gäste haben gemeinsam versucht, im Herzen Europas und da, wo für viele Osteuropa bereits anfängt, sich Gedanken über „die kleinen problematischen Ländern im Südosten“ zu machen, Fragen zu stellen, aber auch nach Alternativen zu suchen. Referenten waren unter anderem Botschafter, Politologen, Historiker und Wirtschaftsexperten. Das Ziel der Diskussionsreihe war Bulgarien als ein Land, das im Jahre 1989 zusammen mit anderen ost- und südosteuropäischen Staaten neu anfangen musste, vielseitig und objektiv darzustellen und Erfolge festzuhalten, aber auch konstruktive Kritik zu äußern. Man beschäftigte sich mit dem Weg Bulgariens in die EU. Die Referenten und das Publikum stellten sich ins Zentrum ihrer Analysen die Frage: Ist Bulgarien für die EU-Mitgliedschaft gut vorbereitet und ist Europa imstande, Bulgarien schon 2007 erfolgreich aufzunehmen. Das Osteuropa- Zentrum Berlin hat sich ebenso vorgenommen, Bulgarien dem Westeuropäer vorzustellen und auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, mit denen sich ein postkommunistisches Land auseinandersetzen muss. Schließlich, wenn man für eine gemeinsame Zukunft in einem vereinten Europa arbeitet, muss die gegenseitig seine Stärken und Schwächen kennen, um gemeinsam nach Problemlösungen zu suchen und geeint nach außen auftreten zu können.

Die Diskussionsreihe wurde am 18. März 2004 vom Botschafter der Republik Bulgarien in Berlin, S. E. Nikolai Apostolov und dem Leiter des OEZB, Detlef W. Stein eröffnet. Bei dieser ersten Veranstaltung wurden die Anwesenden mit der Frage: „Die EU- Kandidatur Bulgariens: eine unendliche Geschichte?“ konfrontiert. Herr Apostolov schilderte den Gästen die allgemeine Lage seines Landes in Bezug auf die Vorbereitungen für eine EU-Mitgliedschaft, wobei er gemäß seinen Posten vor allem die Vorteile Bulgariens betonte und versicherte, dass Bulgarien, Europa einiges zu bieten habe. Anschließend wurde eine Diskussion eröffnet, in der man versuchte, neben den von offizieller Seite präsentierte Erfolge auch Mängel, Hindernisse und Befürchtungen zu erwähnen und es wurde der

Wunsch nach einer noch tatkräftigeren und zielgerichteteren Politik der bulgarischen Regierung geäußert. Gleichzeitig diskutierte man über die Notwendigkeit des EU-Beitritts 2007 und die möglichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen, wenn Bulgarien diese Frist nicht einhalten könne und zusammen mit Rumänien und Kroatien erst im 2009 EU-Mitglied wird.

Neben den gegenwärtigen Integrationsbestrebungen wurden in den folgenden Veranstaltungen andere wichtige Bereiche wie Ost-West- Annäherung, den kommunistischen Erbe, die Geschichte Bulgariens, die deutsch- bulgarischen Beziehungen, die Innen- und Außenpolitik und andere, die eine vielschichtige Betrachtungsweise Bulgariens erlauben sollten und ein breites Feld von Fragestellungen offen legten.

Am 19. März war Dr. Heinz Brahm, Politologe aus Köln, zu Gast in der Reihe und referierte über die bulgarische Geschichte nach 1989 und die Versuche des Balkanstaates einen Platz in der europäischen Gemeinschaft als gleichberechtigten Partner zu finden. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema und die gewöhnliche manchmal hindernde Distanz eines im Westen lebenden Deutschen zeigten umso mehr wie wichtig es ist, dass verschiedene Blickweisen in der Diskussionsreihe zum Ausdruck kamen.

Als nächster Gast des OEZB hat man Herr Metodi Andreev begrüßt, den ehemaligen Leiter der Stasiakten- Kommission in Sofia und Parlamentarier der Union der Demokratischen Kräfte. Herr Andreev hatte die Aufgabe, das Publikum in Berlin mit dem Umgang Bulgariens mit den kommunistischen Hinterlassenschaften vertraut zu machen. Zunächst wies Herr Andreev auf die Misserfolge mehrerer bulgarischen Regierungen in Bezug auf die Behandlung der Akten der ehemaligen Staatssicherheit und deren Unfähigkeit, ein qualitativ gutes Aktengesetz zu verabschieden. Umso wichtiger war für die Anwesenden zu erfahren, was letztendlich seine Kommission erreicht hat, welche Leute überprüft wurden, was mit den Akten im Moment geschieht und wieso die Arbeit der Kommission beendet wurde. Viele der Besucher haben offen und zu Recht die Frage gestellt, warum die Regierung von Simeon Saxe-Koburgotski das Aktengesetz durch das „Gesetz für die klassifizierte Information“ aufgehoben hat und in wieweit dies im Zusammenhang mit dem Skandal um den ehemaligen Geheimdienstgeneral Brigo Asparuchov und seiner Heranziehung als Berater des Premiers steht. Zu erwähnen ist, dass an diesem Abend ebenso Vertreter der sog. „Gauck- Behörde“ im

Publikum waren, die im nachhinein Unverständnis für die Politik der bulgarischen Regierung und das mangelnde Interesse gegenüber dem Schicksal der Akten unter der bulgarischen Bevölkerung geäußert haben. Anschließend konnte Herr Andreev leider nur eine bloße Hoffnung über eine zukünftige positive Entwicklung in Bulgarien zum Ausdruck bringen.

Nicht weniger interessant verlief die nächste Veranstaltung mit Prof. Dr. Hans- Dieter Döpman, Kirchenhistoriker an der HU, Berlin, und Ljubomir Leontinov, Bischofsvikar der Bulgarisch- orthodoxen Kirche in Berlin. Während Prof. Dr. Döpman über die Geschichte der Bulgarisch- orthodoxen Kirche und ihrer Rolle für die Bewahrung des Bulgarentums und der bulgarischen Kultur referierte, sprach Herr Leontinov über die Tätigkeiten der Kirche in Berlin und ihre Vorhaben. So zum Beispiel über die Umbauarbeiten einer ehemaligen evangelischen Kappelle im Berliner Stadtteil Neukölln und über bevorstehende Gespräche über Kooperationen mit Vertretern anderer Kirchen in der deutschen Hauptstadt. Der Bischofsvikar betonte die Zusammenarbeit mit der Evangelischen und der Katholischen Kirche und die Hilfe, die er für den Umbau erhalten hatte. Gleichzeitig appellierte er für weitere materielle Unterstützung, die für die Fertigstellung notwendig sei. Weitere Gesprächsthemen waren die bulgarische Gemeinde in Berlin und die Versuche der Kirche, die Verbindung zu jungen Leuten weiter auszubauen und zu stärken. Beide Referenten sprachen ebenso über die gegenwärtigen Konflikte innerhalb der orthodoxen Kirche in Bulgarien und über die Beziehung zwischen Kirche und Staat. Erwähnt wurde auch die relativ große moslemische Minderheit, sowie die nach 1989 im Lande aufgetauchten unzähligen Sekten in Bulgarien.

Die letzte Veranstaltung im März hatte die bulgarische Innenpolitik zum Thema. Eingeladen war u. a. der bekannte bulgarische Politologe Dr. Ognjan Minshev, der zur Zeit Direktor des Instituts für regionale und internationale Politik in Sofia ist. Dr. Minshev schilderte kurz die innenpolitische Lage Bulgariens und vor allem die Entwicklung der bedeutenden politischen Parteien. Besonders seine Interpretation des Rückkehr des ehemaligen Königs Simeon II und seiner politischen Ambitionen erregte eine intensive Diskussion. Nach Herrn Minschevs Worten habe der ehemalige König ganz absichtlich für seinen Rückkehr auf die Stabilisierung der Situation in Bulgarien gewartet, um dann die von der UDK eingeleitete Politik der Westorientierung und Integration in den westlichen

Strukturen fortzusetzen. Seine Partei wurde als schwach bezeichnet, die im Moment eine Unterstützung von nur 7 - 9% der Bevölkerung genießt. Das rechte politische Lager wurde ebenso stark kritisiert. Die Abspaltung kleinerer Gruppierungen wie der Partei des ehemaligen Premiers Kostov führe zu einer noch länger dauernden Stagnation und zum Vertrauensverlust in Bulgarien. Der übrig gebliebene Kern der UDK sei zu schwach und zu sehr zersplittert, um wieder einen großen Einfluss ausüben zu können. Zuletzt wurde die Bulgarische Sozialistische Partei, Nachfolgerin der Bulgarischen Kommunistischen Partei, untersucht. Nach Meinung von Herrn Dr. Minschev sei sie immer noch ideologisch unterentwickelt und könne sich von ihrer Vorgängerin nicht abgrenzen. Die Zustimmung der Sozialisten für die EU- und die NATO- Kandidatur Bulgariens sei nur zwangsmäßig erfolgt und stünde in krassem Gegensatz mit der vorherigen Politik der Partei. Dennoch seien die Chancen der BSP, bei den nächsten Parlamentswahlen den Sieg davon zu tragen am größten. Herr Dr. Minschev prognostizierte, dass sie in diesem Falle, trotz ihrer Vorliebe für den „Großen Bruder im Osten“, die Politik der Westintegration fortsetzen würde. Nicht zuletzt wurde auch die Bewegung für Rechte und Freiheiten angesprochen. Die Rolle ihres Führers Ahmed Dogan in der jetzigen Regierung wurde als die eines "Spielmachers" angesehen, der trotz seiner geringen Wählerbasis zu einem großen Einfluss gekommen sei. Nach dem Eingangsreferat war ein großer Diskussionsbedarf im Publikum und die Veranstaltung wurde erst nach über drei Stunden beendet.

Im April folgten die Referate von anderen Politologen, wie am 6. April das von Prof. Dr. Wolf Oshlies aus Köln, der sich schon seit 40 Jahren mit Bulgarien beschäftigt, und Dr. Emil Minschev aus dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn. Prof. Dr. Oshlies behandelte auf einer sehr offenen Weise die deutsch- bulgarischen diplomatischen Beziehungen. Er konnte das Publikum leicht in seine Ansichten überzeugen, da er sehr eng und emotionell mit der bulgarischen Geschichte verbunden ist und eine einfache und verständliche, aber auch vertraute Sprache benutzte. Seine Kenntnisse untermauerte er durch die Erwähnung von bulgarischen Witzen und Anekdoten oder Reiseeindrücken. Eben diese eindeutige und subjektive Art stellte eine hervorragende Basis für Diskussion dar, bei der auch u. a. rumänische, mazedonische Gäste rege mitdiskutierten.

Herr Dr. Minshev konnte mit seinem Referat über die bulgarische Außenpolitik nach dem politischen Umbruch 1989 ebenso die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich ziehen. Schwerpunkte waren zum Beispiel die EU- Kandidatur Bulgariens aber auch Rumäniens. Der Referent war der Meinung, dass Bulgarien auf dem richtigen Weg nach Europa sei und zwar mit einem guten Tempo. Er konnte aber nicht jeden von den Anwesenden mit seinem Optimismus überzeugen, zum Beispiel wenn es um die vor Kurzem wieder wach gewordenen Zweifel der EU in Bezug auf Bulgarien und Rumänien oder um die Bereitschaft des bulgarischen Volkes für die Mitgliedschaft ging. Ebenso fragwürdig erwies sich seine optimistische Einschätzung der jetzigen Regierung in Bulgarien, die auch mit minimaler Unterstützung durch die Bevölkerung.

Eine der interessantesten Diskussionen gab es nach den Vorträgen der Berliner Botschafter der Republik Bulgarien, S. E. Nikolai Apostolov, und der Republik Mazedonien, S. E. Dr. Goran Rafajlovski. Die Veranstaltung am 13. April mit den beiden Diplomaten lief unter dem Titel: „Vor dem EU- Beitritt Bulgariens: Die Beziehungen zwischen Bulgarien und Mazedonien“. Herr Apostolov fasste sich kurz über die Bereitschaft Bulgariens für die EU-Mitgliedschaft und die freundschaftlichen Beziehungen beider Länder und überließ seinem mazedonischen Kollegen etwas mehr Zeit. Herr Dr. Rafajlovski sah es als notwendig an, als erstes die offizielle Chronologie des mazedonischen Außenministeriums zur Geschichte des Landes vorzulesen, um dadurch später bei konfliktbeladenen Aussagen von Seite des Publikums über die Probleme zwischen bulgarischen und mazedonischen Historikern auf die offizielle mazedonische Position hinweisen zu können. Die Besucher konnten feststellen, dass diese Chronik der historischen Ereignisse der Republik Mazedonien neutral gefasst wurde. Sie begann mit dem geographischen Gebiet Mazedonien in der Antike und endete mit den letzten wichtigen Ereignissen in den 1990ern. So antwortete Herr Dr. Rafajlovski auf die Frage eines Bulgaren, wie Mazedonien gegenüber König Samuil stehe, indem er die offizielle Seite erneut zitierte, welche von einem König Samuil des Ochrider Reiches ausgeht.

Insgesamt verhielten sich die beiden Botschafter sehr tolerant und versicherten, dass die mazedonisch- bulgarischen Beziehungen nach der Beendigung des Streits über die Sprache sehr gut sind. Als Beweise wurden die häufigen gegenseitigen Besuche der Politiker, sowie die intensiven wirtschaftlichen Beziehungen und die militärische Hilfe, die Mazedonien von

Bulgarien bekommt, genannt. Von mazedonischer Seite wurde den Wunsch nach einer noch stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung und gesteigerten mazedonischen Exporten nach Bulgarien geäußert. Beide Botschafter betonten mehrmals, dass Bulgarien der erste Staat gewesen sei, der die Republik Mazedonien anerkannt und dass dies die gute Ausgangsbasis für die späteren bilateralen Beziehungen geschaffen habe.

Auf provokative Fragen der Gäste wussten die Exzellenzen, sich diplomatisch zu verhalten, in dem sie entweder alles in Hinblick auf die Zukunft optimistisch darstellten oder auf die offiziellen Statistiken verwiesen. Auf einer Frage über die problematischen Grenzübergänge wurde einfach damit geantwortet, dass man sich bemühe und dass schon Fortschritte erreicht worden sind. Dem vom Publikum geäußerten Interesse über die Minderheitenpolitik in Mazedonien entgegnete Herr Dr. Rafajlovski mit den Ergebnissen der jüngsten mazedonischen Volkszählung, laut der in der Republik Mazedonien keine bulgarische Minderheit existiert. Des weiteren musste der mazedonische Botschafter erklären, dass ihm keine Expansionswünsche seiner Heimat bekannt sind, und dass Mazedonien an erster Stelle daran interessiert ist, ihre Souveränität, so wie sie heute ist, zu bewahren und sich von den Konflikten in den Nachbarstaaten zurückzuhalten. Abschließend versicherten die Referenten, dass ihre Länder sich in Zukunft weiter bemühen werden, wirtschaftlich und politisch Fortschritte zu machen und dass beide die NATO- und EU- Mitgliedschaft konsequent anstreben werden.

Nach diesem spannenden Abend folgten noch zwei Veranstaltungen, an denen man Bulgarien aus einem anderen Blickwinkel kennen lernen konnte. Am 15. April war Gunnar Hille, Balkanologe aus Berlin, zu Gast in der Reihe und stellte die bulgarische Literatur des 20. Jahrhunderts und die jüngsten Ereignisse in der literarischen Szene vor. Man konnte einige noch wenig bekannten Namen von jungen Autoren hören, sowie einiges über das Schicksal der fachspezifischen Presse erfahren, die wie fast überall in der Welt, Schwierigkeiten hat, finanziell zu überleben. In der nachfolgenden Diskussion beteiligte sich u.a. auch Tzveta Sofronieva, Schriftstellerin und Kulturwissenschaftlerin aus Berlin. In einer längeren und gemütlichen Gesprächsrunde erzählte sie über die Probleme der jungen Autoren, vor allem sich im Ausland zu präsentieren und über ihre Versuche, sie hier in der deutschen Hauptstadt die bulgarische Literatur etwas bekannter zu machen.

Vier Tage später kam eine andere Interessentengruppe ins Berliner Rathaus, die sich über die Möglichkeiten für ausländische Investitionen in der Wirtschaft und im Consulting erkundigen wollte. Herr Stanislav Petkov, Geschäftsführer der SPARKY GmbH in Berlin, sprach über die Tätigkeit seiner Firma und die Probleme, auf denen Geschäftsleute, die zwischen Ost- und Westeuropa handeln, häufig stoßen. Er unterstrich aber auch Chancen, die zur Zeit genutzt werden können und müssen. Anschließend präsentierten Frau Dr. Roumjana Antonova, Direktorin der EU-TQBM-Consulting, Berlin/Sofia, und ihr deutscher Kollege ihre gemeinsame Firma und die Projekte, die sie in Bulgarien entweder planen oder schon in die Wege geleitet haben. Die Wirtschaftsexperten von den beiden Firmen hatten nachher die Möglichkeit, Fragen über genauere Investitionsschritte in Bulgarien zu beantworten und wertvolle Tipps zu geben. Angesprochen fühlten sich unter anderem auch junge Leute, die an einem Praktikum in Deutschland oder in Bulgarien interessiert sind oder solche, die sich gerne als zukünftige Investoren in der Heimat sehen.

Der letzte Vortrag innerhalb dieser Diskussionsreihe fand mit Herrn Alexander Andreev, Journalist der Deutschen Welle in Köln, statt, der die Anwesenden über die Medienlandschaft Bulgariens informierte. Er führte einige Probleme und Schwierigkeiten an, die man auch in Westeuropa kennt, die allerdings in Bulgarien besonders akut sind, so zum Beispiel die Trennung zwischen der journalistischen Ethik und dem Recht, informiert zu werden, oder die Einmischung der Politik in den Medien, oder auch den Verkauf von Informationen, die mehr gewinnbringend als wahr sind. Immerhin konnte der Journalist einige Verbesserungen der Lage vermerken. Ein der wichtigsten sei seiner Meinung nach, dass die Medien, besonders die Presse, immer weniger parteigebunden seien und dass mittlerweile einige seriöse Wochen- und Tageszeitungen Platz auf dem Markt finden und einen festen Leserkreis haben. Die neueste Nachricht, die Herr Andreev verkündet hatte, war das Vorhaben mehrerer Journalisten in Bulgarien, an einem Medienkodex zu arbeiten, der für das Einhalten der journalistischen Ethik sorgen soll. Hoffen wir auf die Verwirklichung!

Die Abschlusskonferenz fand am 20. April im Europa- Saal des Auswärtigen Amtes statt. Eingeladen waren unter anderem Herr Svilen Stojev, Direktor der Abteilung 3 für Auswärtige Angelegenheiten in Bulgarien, Michael Stübgen, Mitglied des Deutschen Bundestages und

Vorsitzender der Deutsch- Bulgarischen Parlamentariergruppe, Dr. Peter Blomeyer, Referatsleiter EU- Erweiterung im Auswärtigen Amt, Dr. Tzveta Sofronieva, Schriftstellerin und Kulturwissenschaftlerin, Dr. Peter Fässler, Geschäftsführer des Deutsch- Bulgarischen Forums e. V. in Berlin und Dr. Sabine Riedel, Politologin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. Diese letzte Veranstaltung war auch die meist besuchte. Im Auditorium waren schon einige regelmäßigen Besucher der Reihe zu finden, aber auch viele andere Gäste aus verschiedenen Institutionen oder Privatpersonen, die eifrig Informationsmaterialien gesammelt haben und mit Fragen für die Referenten gerüstet waren. Der Abend wurde wie immer vom Herrn Detlef W. Stein, Leiter des OEZB eröffnet.

Als erster durfte Herr Stojev eine kurze Zusammenfassung über die allgemeinen Fortschritte Bulgariens nach der Wende 1989 machen und für Bulgarien als baldigen Mitglied der NATO und zukünftigen Mitglied der EU werben. Er benannte die neuesten Erfolge Bulgariens auf seinem Weg in die EU und betonte vor allem die vom Parlament im September 2003 fast einstimmig verabschiedeten Justizreformen, die schon sehr lange von der EU, sowie von der bulgarischen Bevölkerung selbst gefordert worden waren. Ein anderer Schwerpunkt seines kurzen Vortrags waren die deutsch- bulgarischen diplomatischen Beziehungen. Herr Stojev brachte zum Ausdruck, dass Bulgarien auch weiterhin mit der Unterstützung Deutschlands als "Anwalt des Balkanstaates" innerhalb der EU rechne und schloss seine Rede mit einem optimistischen Zitat über die Notwendigkeit von der Vereinigung Europas des ersten deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer.

Als nächster ergriff das Wort Herr Michael Stübgen von der Deutsch- Bulgarischen Parlamentariergruppe. Er bedankte sich zunächst beim bulgarischen Botschafter in Berlin, S. E. Nikolai Apostolov, der für die Intensität der Arbeit der Deutsch- Bulgarischen Parlamentariergruppe in den letzten Jahren beigetragen hatte. Danach zählte er die Arbeitsschwerpunkte dieser Gruppe auf, unter denen die wichtigsten die Aufhebung des Visa-Regimes für Bulgarien, der Stabilitätspakt, die NATO- Mitgliedschaft und momentan ausschließlich die Vorbereitungen für die EU- Mitgliedschaft waren. Herr Stübgen bezeichnete die Forderung Bulgariens, 2007 die EU beizutreten, als eine realistische und gerechte und erklärte diese Frist für ein gemeinsames Ziel des EU-Rates und der bulgarischen Regierung. Als Argumente für seine Behauptung führte er insbesondere das Interesse der

Europäischen Union und Deutschlands daran auf, dass Bulgarien als EU-Mitglied weiter die Rolle eines "Stabilitätsankers" auf dem Balkan erfüllen kann. "Bulgarien hat traditionell gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den Balkan- Staaten und strahlt Stabilität in diesen Ländern aus", "Stabilität muss gefördert werden", fasste Herr Stübgen zusammen. Ein zweiter Grund für das Interesse Westeuropas an Bulgariens EU-Beitritt sei nach Herr Stübgens Worten die Möglichkeit, Bulgarien als Sprungbrett für den russischen und asiatischen Markt zu nutzen. Weiterhin erwähnte der Parlamentarier die unter europäischen Politikern seit kurzem aufkommende Meinung, dass die Europäische Union nach dem Beitritt der zehn Neuen eine sog. "Atempause" brauchen wird. Er beurteilte jedoch diese Einstellung kritisch und fügte hinzu, dass die EU dieselbe Zuverlässigkeit zeigen müsse, die Bulgarien in den letzten Jahren kontinuierlich aufgebracht habe. Es gäbe eine klare Vertragsvorlage und eine moralische Verpflichtung, die nicht beiseite gelegt werden dürfen, so Stübgen.

Um seine Stellung zu bekräftigen, wies Herr Stübgen auf die Fortschritte, die das Balkanland bis dato erreicht hat, wie zum Beispiel die Abschließung in kurzer Zeit von 26 Kapiteln, die stabile Finanzpolitik, die niedrige Inflation, das niedrige Budgetdefizit, das jährliche Wirtschaftswachstum von 4-5% u. a. Anschließend wurden jedoch auch Defizite aufzählt. Besonders kritisiert wurden die langsame und ineffiziente Verwaltung, die eine Barriere für Investoren darstellt, und das niedrige Durchschnittseinkommen, unter dem die Binnenkonjunktur leidet. Unterstrichen wurde auch die instabile Position der Regierungsmehrheit im Parlament. Desto trotz zeigte sich Herr Stübgen optimistisch. In Bezug auf die Entwicklung Bulgariens.

Danach wurde das Wort an die Politologin Frau Dr. Riedel gegeben, die ihre Einschätzung der EU-Aufnahmekancen Bulgariens darstellte. Frau Dr. Riedel beschäftigt sich seit vielen Jahren im Rahmen verschiedener Institutionen mit Bulgarien und konnte ein sehr informatives Resümee über die Transformationsprozesse des Landes seit 1989 präsentieren. Sie konzentrierte sich vorrangig auf die äußeren Rahmenbedingungen, die sich auf die Wirtschaftssituation im Lande ausgewirkt haben. Im Gegensatz zu den anderen Rednern bezeichnete sie schon das Jahr 1990 als den Anfang der wirtschaftlichen und politischen Westorientierung Bulgariens. Bereits der damalige Staatspräsident Dr. Schelju Schelev habe eine Europa gerichtete Politik geführt, indem er die Mitgliedschaft in der Europäischen

Gemeinschaft zu einer Priorität der bulgarischen Außenpolitik gemacht habe. Nach ihm habe der damalige Außenminister Stojan Ganev die Perspektive von der EU- Mitgliedschaft entwickelt, jedoch als eine Perspektive für die ganze Balkanregion. Diese sei ganz gut durchdacht gewesen, sei aber durch die Leichtfertigkeit der westeuropäischen Staaten zurückgestellt worden. Weiterhin beschrieb Frau Dr. Riedel den geduldigen Weg Bulgariens zum Status EU-Kandidat. Das Land habe seine großen Verluste im Außenhandel, verursacht durch die Embargo gegen Ex- Jugoslawien unter Milosevic und während des Kosovo- Kriegs, in Kauf genommen und kaum Entschädigungsforderungen gestellt.

Es habe sich als eine langfristige Belohnung dafür und für die Stabilisierungsrolle auf dem Balkan die Einladung und die Aufnahme in die EU erhofft. Anschließend stellte Frau Dr. Riedel erneut die konsequenten Bemühungen Bulgariens im wirtschaftlichen und politischen Aspekt dar. Zu erwähnen ist auch ihre Bilanz über die Export- Import-Verhältnisse zwischen der EU und Bulgarien. Nach ihrer Meinung sei diese Bilanz für Bulgarien negativ ausgefallen. Grund dafür, sowie für die andauernde Verarmung der bulgarischen Bevölkerung sei der von der Regierung Kostov eingeführte Währungsbord. Die durch ihn erreichte Stabilisierung der Währung sei ein durch politische Maßnahmen erreichter und nicht durch die Entfaltung der freien Wirtschaft resultierter Erfolg. Das könne zu einem Hindernis für die Aufnahme in die EU und die Übernahme des Euro werden. Gleichzeitig habe Bulgarien durch diesen Währungsbord einen Teil seiner Souveränität abgegeben und könne jetzt kaum noch wirtschaftliche Reformen ohne die Zustimmung der Weltbank und anderer Institutionen durchführen. Eine andere Folge der Einführung des Währungsbords sei die in den letzten sechs Jahren entstandene Abhängigkeit Bulgariens vom EU-Markt, da nach dem Zusammenbruch des RWG- Marktes Bulgarien ausschließlich in die EU exportiert, und doppelt so großem Volume von den EU- Ländern importiert. Dies sollte nach Frau Dr. Riedel auch nach dem Beitritt Bulgariens in die EU ein großes Problem bleiben. Die Politologin nannte als ein schwerwiegendes Problem für die Einhaltung der Frist 2007 auch den Armut der Bevölkerung. Dies könne auf keinen Fall vernachlässigt werden, da ein von den wichtigsten EU- Werten, festgehalten in der Charta für die Menschenrechte, das Recht auf eine menschenwürdige Existenz sei. In Bulgarien sei dieses Recht aber noch nicht gewährleistet, besonders bei den Rentnern, Invaliden und Minderheiten. Um dies zu ändern

brauche die bulgarische Regierung wieder mehr Gestaltungsspielräume, die ihr die Weltbank u.a. geben sollten.

Nach diesem sehr präzisen Vortrag wollten mehrere Podiumsredner und Gäste ihre Zustimmung oder Einwände äußern. Herr Michael Stübgen bezeichnete den Währungsbord, im Gegensatz zu Frau Dr. Riedel, als eine notwendige und rettende Maßnahme, ohne die Bulgarien heute vielleicht viel entfernter von seinen Zielen gewesen wäre. Er räumte ein, dass das, was das Land wirklich brauche, mehr ausländische Investitionen und eine Beschleunigung der Privatisierung seien. Zu Wort meldeten sich auch Frau Sofronieva und Herr Blomeyer, der die Meinung von Herrn Stübgen teilte.

Es folgten weitere Fragen vom Publikum. Das Interesse galt der Verwaltung, den Twinning-Projekte der EU in Bezug auf Bulgarien, den Möglichkeiten für eine Beteiligung der öffentlichen Hand innerhalb der sog. Public Private Partnerships u. a. Spannend war auch die Frage eines jungen deutschen Besuchers, was Bulgarien für sein "junges Kapital" macht und warum so viele junge Bulgaren, die in Deutschland studieren, ihre Zukunft nicht in der Heimat sehen können. Der angesprochene Herr Stojev konnte nur die Hoffnung ausdrücken, dass mehr ausländische Firmen in Bulgarien investieren und neue gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen werden, die wiederum die jungen im Ausland ausgebildeten Leute zurück nach Bulgarien locken können.

Die Diskussion war in der Tat sehr interessant. Es konnten verschiedene Themen angesprochen werden, die das Auditorium beschäftigen. Anschließend bedankte sich der Moderator und Hauptorganisator des Abends Herr Detlef W. Stein bei den Gästen und den Rednern, sowie beim Auswärtigen Amt und der Bulgarischen Botschaft für deren Unterstützung und lud die zahlreichen Gäste zum Buffet ein, wo viele bulgarische Spezialitäten und Weine auf sie warteten. Insgesamt erfreute sich die Diskussionsreihe ein großes und diskussionsfreudiges Publikum, was die Organisatoren zu weiteren ähnlichen Projekten ermutigte. Unter den Gästen und den Referenten konnte man viele positive Eindrücke über diese Veranstaltungsreihe hören. Spannende Themen wurden weiter in kleineren Kreisen diskutiert. Schließlich konnten die bulgarischen Spezialitäten mehrere

Gäste für sich gewinnen. Es bleibt die Hoffnung, dass auch Bulgarien trotz seiner Gegensätze und Widersprüche so manchen neuen Freund gefunden hat.

Weitere Informationen über die Diskussionsreihe und das OEZB unter: [www.osteuropa-zentrum.de](http://www.osteuropa-zentrum.de)

Kontakte: [info@osteuropa-zentrum.de](mailto:info@osteuropa-zentrum.de)

*Lidia Svetoslavova*